

Substanzielles Protokoll 5. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 11. Juni 2014, 17.00 Uhr bis 19.10 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsidentin Dorothea Frei (SP)

Beschlussprotokoll: Sekretärin Helen Glaser (SP)

Substanzielles Protokoll: Doris Schibli

Anwesend: 118 Mitglieder

Abwesend: Sven Oliver Dogwiler (SVP), Christian Huser (FDP), Martin Luchsinger (GLP), Joe A. Manser (SP), Marcel Müller (FDP), Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Christian Traber (CVP)

Der Rat behandelt aus der von der Präsidentin erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- | | | | |
|----|--------------------------|--|---------|
| 1. | | Mitteilungen | |
| 2. | 2014/170 | * Weisung vom 28.05.2014:
Motion der Grüne-Fraktion betreffend Rahmenkredit für flächen-
deckende Veloabstellplätze an Haltestellen des öffentlichen
Verkehrs, Bericht und Abschreibung | VTE |
| 3. | 2014/171 | * Weisung vom 28.05.2014:
Asyl-Organisation Zürich (AOZ), Ausnahmegewilligung zur Wahl
von Martin Waser zum Präsidenten des Verwaltungsrats
gemäss Art. 9 Abs. 3 VVD | VS |
| 4. | 2014/183 | * Bericht des Datenschutzbeauftragten für das Jahr 2013 | DSB |
| 5. | 2014/164 | * Postulat von Niklaus Scherr (AL) und Christina Schiller (AL) vom
21.05.2014:
Liberaler Handhabung der Bewilligungspflicht für Einzelsalons
sowie Aufhebung des Grundsatzverbots für sexgewerbliche
Nutzungen in Zonen mit mindestens 50 % Wohnanteil | PV
E |
| 6. | 2014/154 | Beschlussantrag von Linda Bär (SP) und Marcel Savarioud (SP)
vom 14.05.2014:
Geschäftsordnung des Gemeinderats (GeschO GR), Eröffnung
der konstituierenden Ratssitzung des Gemeinderats durch das
amtsälteste und das jüngste anwesende Mitglied | |
| 7. | 2013/98 | A Postulat der Grüne-Fraktion vom 20.03.2013:
Beitritt zur «Blue Community-Initiative» sowie Prüfung einer
Entwicklungszusammenarbeit der Wasserversorgung Zürich | VIB |

- | | | | | |
|-----|--------------------------|-----|--|-----|
| 8. | 2013/252 | A | Postulat von Simon Kälin (Grüne), Andreas Edelmann (SP) und 39 Mitunterzeichnenden vom 26.06.2013:
Wasserversorgung Zürich, Beitritt zum Netzwerk «Aqua Publica Europea» | VIB |
| 9. | 2013/185 | E/A | Postulat von Renate Fischer (SP), Martin Bürki (FDP) und 2 Mitunterzeichnenden vom 22.05.2013:
Bevölkerungsentwicklung im Sihltal, rechtzeitiger Kapazitätsausbau der Sihltalbahn | VIB |
| 10. | 2013/355 | A/P | Motion von Martin Bürlimann (SVP) und Roberto Bertozzi (SVP) vom 23.10.2013:
Senkung der Umsatzabgabe des ewz an die Stadtkasse | VIB |
| 11. | 2013/395 | E/A | Postulat von Roger Tognella (FDP) und Dorothea Frei (SP) vom 13.11.2013:
Einrichtung des Schwamendinger «Kinderhuus» in der städtischen Liegenschaft an der Friedrichstrasse 9 unter Nutzung der Synergien zwischen den bestehenden Institutionen und Angeboten | VS |
| 12. | 2014/120 | E/A | Postulat von Guido Hüni (GLP) und Maleica Landolt (GLP) vom 09.04.2014:
Überprüfung sowie allfällige Anpassung der Rechtsgrundlage für die durch die «sip züri» wahrgenommenen Sicherheits- und Begleitungsaufgaben | VS |

* Keine materielle Behandlung

Mitteilungen

124. 2014/174 Ratsmitglied Katrin Wüthrich (SP); Rücktritt

Die Ratspräsidentin gibt den Rücktritt von Katrin Wüthrich (SP 4+5) auf den 11. Juni 2014 bekannt und würdigt ihre Amtstätigkeit.

Andreas Kirstein (AL) stellt den Ordnungsantrag auf Absetzung von TOP 13, GR Nr. 2014/126, «Areal des GZ Leimbach, Einrichtung einer öffentlichen Kinderkrippe».

Der Ordnungsantrag wird mit 38 gegen 77 Stimmen abgelehnt.

An der nachfolgenden Fraktionserklärung werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

125. 2014/184

Erklärung der SVP-Fraktion vom 11.06.2014:

Auswirkungen der Eröffnung der Durchmesserlinie auf den Bahnhof Wipkingen

Namens der SVP-Fraktion verliest Martin Bürlimann (SVP) folgende Fraktionserklärung:

Bahnhof Wipkingen: Ein Opfer linker Verhinderung

Am 14. Juni eröffnen die SBB und der Zürcher Verkehrsverbund (ZVV) mit dem Bahnhof Löwenstrasse und dem Weinbergtunnel den 1. Teil der Durchmesserlinie. Für den Bahnhof Wipkingen bedeutet dies eine massive Reduktion der S-Bahnverbindungen in beide Richtungen. Der Abbau der S-Bahnen am Bahnhof Wipkingen ist eine Folge des Widerstandes aus Wipkinger Kreisen gegen den Bahnausbau.

Die SVP verlangt in ihrem Parteiprogramm leistungsfähige Achsen, das gilt für Strasse und Schiene. Die Achse Zürich-Winterthur (eröffnet 1856 als Hauptachse Richtung Norden) hätte mit der Bahn 2000 erweitert werden sollen. Die Erweiterung hätte vier Gleise gegeben, je eines aussen für den S-Bahn-Halt und je eines innen für die Schnellzüge. Mit dem Ausbau hätten wir heute Bahnverbindungen in Wipkingen wie in der Pariser Metro.

Die Fakten:

- 1987 erfolgte die Abstimmung zur Bahn 2000. Der Teil der SBB-Planung in Zürich hiess «Fil Rouge», vorgesehen waren 4 Spuren HB-Wipkingen-Winterthur mit Ausbau des Wipkinger Viadukts und ohne Ausbau des Käferbergtunnels
- Linke Gruppierungen aus dem Kreis 5 machten Opposition, das Schlagwort hiess «Verrückt das Viadükt». Die Wipkinger Mehrheit zeigte Verständnis und setzte sich nicht für Fil Rouge ein.
- Eine Wipkinger Vereinigung namens «Quartierlüüt» schlug den Bau eines dritten Gleises vor, die SBB lehnte den Vorschlag ab.
- Die Volksinitiative namens «Verrückt das Viadükt» ergab im September 2001 ein deutliches Ja zum unterirdischen Bahnhof HB. In der Folge wurde der Bahnhof Löwenstrasse geplant und gebaut.
- 2003 erfolgte eine Sanierung der Wipkingerbrücke (Eisenbahnbrücke über die Limmat) und des Wipkinger Viadukts (Gleisbogen im Kreis 5, ehemaliger Damm).

Mit den Ergebnissen der Volksabstimmungen waren die maximalen Kapazitäten des Bahnhofs Wipkingen fixiert. Die S-Bahnen können nun nicht mehr halten, weil die Schnellzüge auf freie Durchfahrt angewiesen sind.

Daher steht Wipkingen mit der Eröffnung des neuen Tunnels nun im Abseits. Zughalte sind technisch nicht mehr möglich. Diese Entwicklung war vorauszusehen, die SVP hat davor gewarnt.

Persönliche Erklärungen:

Dr. Esther Straub (SP) hält eine persönliche Erklärung zu den ausserordentlichen Niederlassungsgenehmigungen für Personen von besonderem öffentlichem Interesse aus Russland und der geplanten Ausschaffung einer russischen Familie aus Schwamendingen.

Simone Brander (SP) hält eine persönliche Erklärung zu den Auswirkungen der Eröffnung der Durchmesserlinie auf den Bahnhof Wipkingen.

Markus Knauss (Grüne) hält eine persönliche Erklärung zu den Auswirkungen der Eröffnung der Durchmesserlinie auf den Bahnhof Wipkingen.

G e s c h ä f t e

126. **2014/170**
Weisung vom 28.05.2014:
Motion der Grüne-Fraktion betreffend Rahmenkredit für flächendeckende Velo-abstellplätze an Haltestellen des öffentlichen Verkehrs, Bericht und Abschreibung
- Zuweisung an die SK PD/V gemäss Beschluss des Büros vom 9. Juni 2014
127. **2014/171**
Weisung vom 28.05.2014:
Asyl-Organisation Zürich (AOZ), Ausnahmegewilligung zur Wahl von Martin Waser zum Präsidenten des Verwaltungsrats gemäss Art. 9 Abs. 3 VVD
- Zuweisung an die GPK gemäss Beschluss des Büros vom 9. Juni 2014
128. **2014/183**
Bericht des Datenschutzbeauftragten für das Jahr 2013
- Zuweisung an die GPK gemäss Art. 37 Abs. 3 Gemeindeordnung (GO)
129. **2014/164**
Postulat von Niklaus Scherr (AL) und Christina Schiller (AL) vom 21.05.2014:
Liberaler Handhabung der Bewilligungspflicht für Einzelsalons sowie Aufhebung des Grundsatzverbots für sexgewerbliche Nutzungen in Zonen mit mindestens 50 % Wohnanteil
- Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Polizeidepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.
- Es wird weder ein Ablehnungs- noch ein Textänderungsantrag gestellt.
- Damit ist das Postulat dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.
- Mitteilung an den Stadtrat
130. **2014/154**
Beschlussantrag von Linda Bär (SP) und Marcel Savarioud (SP) vom 14.05.2014:
Geschäftsordnung des Gemeinderats (GeschO GR), Eröffnung der konstituierenden Ratssitzung des Gemeinderats durch das amtsälteste und das jüngste anwesende Mitglied
- Linda Bär (SP) begründet den Beschlussantrag (vergleiche Beschluss-Nr. 60/2014): Niklaus Scherr (AL) hat als Alterspräsident eine schöne Tradition ins Leben gerufen. In der konstituierenden Ratssitzung erhält das jüngste gewählte Mitglied jeweils die Gelegenheit, zum Rat zu sprechen. Wir möchten nun auch in der Geschäftsordnung festhalten, dass die konstituierende Sitzung durch das amtsälteste und das jüngste anwesende Mitglied eröffnet wird. Auch der Kantonsrat pflegt diese Tradition und hat sie bereits im Kantonsratsgesetz festgeschrieben.*

Mauro Tuena (SVP) stellt den Ablehnungsantrag: *Die SVP ist überzeugt, dass die Kompetenz diesbezüglich beim entsprechenden Alterspräsidenten liegen soll. Bisher hat das gut funktioniert. Die SVP setzt sich generell dafür ein, dass nur das Wichtigste gesetzlich festgeschrieben wird. Wir möchten zudem auch nicht, dass allenfalls plötzlich das jüngste Ratsmitglied auch die Ratssitzung eröffnen soll. Dem Ratsmitglied fehlt es zu diesem Zeitpunkt noch am nötigen Wissen. Zudem könnten weitere Forderungen auftauchen, etwa, dass jeweils die grösste Fraktion die Eröffnungsrede halten darf. Das würde zu weit gehen.*

Weitere Wortmeldung:

Martin Bürki (FDP): *Manchmal ist es besser, etwas nicht gleich festzuschreiben und damit eine gewisse Flexibilität zuzulassen. Wir möchten diese Flexibilität beibehalten. Bisher hat es gut funktioniert.*

Der Rat stimmt dem Beschlussantrag mit 71 gegen 46 Stimmen zu.

Weiterbehandlung durch das Büro im Sinne von Art. 99 Abs. 3 GeschO GR

Damit ist beschlossen:

Art. 1 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderates ist wie folgt zu ändern:

Das amtsälteste anwesende Mitglied und das jüngste anwesende Mitglied des Gemeinderats eröffnen gemeinsam die konstituierende Sitzung. Bei gleich langer Amtszeit mehrerer Mitglieder übernimmt das älteste von ihnen diese Aufgabe. Das Mitglied, das als zweites gesprochen hat, bezeichnet vorläufig zwei Sekretärinnen oder Sekretäre sowie vier Stimmzählerinnen oder Stimmzähler. Hierauf wählt der Rat seine Präsidentin oder seinen Präsidenten. Sobald der Vorsitz bestimmt ist, wählt der Rat die Mitglieder des Büros sowie drei Ratssekretärinnen oder Ratssekretäre aus den Reihen der Ratsmitglieder.

Mitteilung an den Stadtrat

131. 2013/98

Postulat der Grüne-Fraktion vom 20.03.2013:

Beitritt zur «Blue Community-Initiative» sowie Prüfung einer Entwicklungszusammenarbeit der Wasserversorgung Zürich

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Gemeinsame Wortmeldungen zu den Geschäften GR Nrn. 2013/98 und 2013/252.

Simon Kälin (Grüne) begründet namens der Grüne-Fraktion das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3752/2013): *Wir fordern eine neue, nachhaltige und global solidarisch ausgerichtete Zürcher Wasserpolitik. Der Wissenstransfer und die internationale Kooperation soll auf allen Ebenen vorangetrieben werden. Eine Städtepartnerschaft mit einer Entwicklungszusammenarbeit im Bereich der Wasserversorgung wäre eine spannende Aufgabe. Nestlé treibt die Wasserprivatisierung munter voran. Die Mehrheit der ärmeren Menschen kann sich das Flaschenwasser jedoch nicht leisten. Zudem bleibt die Ökologie auf der Strecke. Zürich als Teil der «Blue Community-Initiative» würde das Recht auf Wasser als Menschenrecht anerkennen, die Rolle der Wasserversorgung als öffentlich-rechtliches Unternehmen stärken und Kräfte unterstützen, die in ihren Heimatländern*

gegen die Wasserprivatisierung und für eine bessere öffentliche Wasserversorgung kämpfen. Global denken, lokal handeln: Im Sinne einer aktiven, global solidarischen Wasserpolitik fordern wir den Beitritt zur «Blue Community-Initiative» und zum Netzwerk «Aqua Publica Europea».

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

STR Andres Türler: *Auch der Stadtrat ist der Meinung, dass das Recht auf Wasser anerkannt sein soll. Die Wasserversorgung gibt ihr Know-how jedoch bereits heute weiter. Die Stadt leistet Entwicklungshilfe im Zusammenhang mit Wasser. Diese findet jedoch über die Steuerkasse statt und darf nicht über die Gebührenkasse gehen. Städtepartnerschaften und Entwicklungshilfe sind gemäss dem kantonalen Wassergesetz keine Aufgabe der Wasserversorgung. Aus diesem Grund können wir auch keine Gebührengelder dafür verwenden. Die Anliegen der beiden Postulate sind durchaus berechtigt. Doch die Wasserversorgung der Stadt kann nicht überall Mitglied sein. Abgesehen von rechtlichen spielen hier auch personelle Gründe mit. Wir verfügen nicht über die dazu notwendigen personellen Ressourcen. Unsere Wasserversorgung bringt sich bereits heute mit Know-how ein. Es werden Workshops durchgeführt, um die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Verbänden zu optimieren. Durch das Postulat entsteht niemandem einen Zusatznutzen. Die Wasserversorgung ist international sehr engagiert und kann die postulierten Ziele auch über bestehende Verbände erreichen.*

Weitere Wortmeldungen:

Andreas Edelmann (SP): *Zürich verfügt über eine sehr gute Wasserversorgung. Sie ist in öffentlicher Hand. Das wollen wir auch so beibehalten. In anderen Ländern wie etwa Griechenland ist das Grundrecht auf Wasser in Gefahr, an private Investoren verkauft zu werden. Diese Entwicklung können wir nicht befürworten. Aus diesem Grund gibt es die Organisation «Aqua Publica Europea». Wir wollen mit unserem Know-how helfen, dass Werke in Europa nicht den Weg der Privatisierung gehen müssen und in staatlicher Hand bleiben. Ein Jahresbeitrag würde sich auf rund 5000 Franken belaufen. Zum Vergleich: Aktuell laufen die Vorbereitungen zu den Feierlichkeiten 100 Jahre Wasserversorgung. Dort wird bestimmt ein Vielfaches dieser 5000 Franken investiert. Auch das wird vermutlich über die Gebühren finanziert. Demnach müsste es auch möglich sein, einen Beitrag an eine Organisation wie «Aqua Publica Europea» zu leisten.*

Heinz Schatt (SVP): *Die Wasserversorgung ist ein äusserst sensibles Gebiet der Grundversorgung der Bevölkerung. Der Zugang zu Wasser ist lebensnotwendig. Es ist aber unserer Meinung nach nicht unsere Aufgabe, von Zürich aus europäische Politik zu machen. Sowohl die Forderungen von «Aqua Publica Europea» als auch die der «Blue Community-Initiative» sind hochpolitisch. Aus diesen Gründen lehnen wir die Postulate ab.*

Helen Glaser (SP): *Die SP unterstützt das Postulat zur «Blue Community-Initiative». Wasser ist ein Grundrecht. Dazu gehört auch der Zugang zu Wasser. Der Stadt würde ein Beitritt gut anstehen. Sie könnte als Vorbild voraus- und weitergehen. Das Postulat fordert im Übrigen lediglich, dass der Stadtrat prüft, wie er sich in der Initiative engagieren könnte.*

Ruth Ackermann (CVP): *Wir sind stolz auf die Wasserqualität in Zürich. Das heisst aber nicht, dass wir in allen Vereinen dabei sein müssen, die etwas mit Wasser zu tun haben. Jeder Beitritt kostet. Zürich als grosse Gemeinde würde in einem Verein bald*

auch Verantwortung übernehmen. Das würde Zeit und Geld kosten. Wasser ist sicher ein Grundrecht. Doch mit dem Beitritt erreichen wir nichts gegen die ungerechte Verteilung und die Privatisierung.

Simon Kälin (Grüne) beantragt Abstimmung unter Namensaufruf: Meiner Meinung nach gibt es keinen Grund, nicht zu handeln. Die Wichtigkeit der Wasserversorgung ist eminent. Aus diesem Grund beantrage ich für beide Vorstösse Abstimmung unter Namensaufruf.

Der Rat stimmt dem Antrag von Simon Kälin (Grüne) mit 95 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 30 Stimmen gemäss Art. 41 Abs. 1 GeschO GR erreicht.

Abstimmung gemäss Art 41 GeschO GR:

Abstimmungsprotokoll				
Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
039	Abele	Martin	Grüne	JA
144	Ackermann	Ruth	CVP	NEIN
087	Akyol	Ezgi	AL	JA
042	Altinay	Petek	SP	JA
084	Angst	Walter	AL	JA
012	Aubert	Marianne	SP	JA
124	Babini	Mario	SVP	NEIN
137	Balsiger	Samuel	SVP	NEIN
063	Bär	Linda	SP	JA
003	Bartholdi	Roger	SVP	NEIN
098	Baumann	Markus	GLP	NEIN
168	Baumer	Michael	FDP	NEIN
113	Bertozzi	Roberto	SVP	NEIN
051	Bieri	Cordula	Grüne	JA
119	Bourgeois	Marc	FDP	NEIN
031	Brander	Simone	SP	JA
068	Bührig	Marcel	Grüne	JA
131	Bürki	Martin	FDP	NEIN
176	Bürlimann	Martin	SVP	NEIN
049	Denoth	Marco	SP	JA
127	Dogwiler	Sven Oliver	SVP	--
096	Dubno	Samuel	GLP	NEIN
061	Edelmann	Andreas	SP	JA
022	Egger	Heidi	SP	JA
167	Egger	Urs	FDP	--
130	Egli	Andreas	FDP	NEIN
046	Esseiva	Nicolas	SP	JA
110	Fehr Düsel	Nina	SVP	NEIN
114	Fehr	Urs	SVP	NEIN
008	Fischer	Renate	SP	JA
001	Frei	Dorothea	SP	JA
043	Früh	Anjushka	SP	JA
099	Garcia	Isabel	GLP	NEIN

161	Gautschi	Adrian	GLP	NEIN
004	Glaser	Helen	SP	JA
154	Götzl	Martin	SVP	NEIN
020	Graf	Davy	SP	JA
088	Guggenheim	Eduard	AL	JA
035	Helfenstein	Urs	SP	JA
011	Huber	Patrick Hadi	SP	JA
005	Hug	Christina	Grüne	JA
143	Hungerbühler	Markus	CVP	NEIN
160	Hüni	Guido	GLP	NEIN
116	Huser	Christian	FDP	--
175	Hüssy	Kurt	SVP	NEIN
111	im Oberdorf	Bernhard	SVP	NEIN
123	Iten	Stephan	SVP	NEIN
170	Jäger	Alexander	FDP	NEIN
038	Kälin	Simon	Grüne	JA
014	Käppeli	Hans Jörg	SP	JA
092	Käser	Philipp	GLP	NEIN
086	Kirstein	Andreas	AL	JA
025	Kisker	Gabriele	Grüne	JA
118	Kleger	Thomas	FDP	NEIN
026	Knauss	Markus	Grüne	JA
147	Kobler	Raphael	FDP	NEIN
044	Kraft	Michael	SP	JA
183	Küng	Peter	SP	JA
071	Kunz	Markus	Grüne	JA
066	Lamprecht	Pascal	SP	JA
158	Landolt	Maleica	GLP	NEIN
133	Lauber	Tamara	FDP	NEIN
134	Leiser	Albert	FDP	NEIN
081	Leitner Verhoeven	Andrea	AL	JA
121	Liebi	Roger	SVP	NEIN
101	Luchsinger	Martin	GLP	--
082	Maino	Rosa	AL	JA
201	Manser	Joe A.	SP	--
163	Mariani	Mario	CVP	NEIN
048	Marti	Min Li	SP	JA
045	Matter	Sylvie Fee	SP	JA
069	Meier-Bohrer	Karin	Grüne	JA
104	Merki	Markus	GLP	NEIN
140	Monn	Thomas	SVP	NEIN
024	Moser	Felix	Grüne	JA
171	Müller	Marcel	FDP	--
112	Müller	Rolf	SVP	NEIN
094	Nabholz	Ann-Catherine	GLP	NEIN
032	Nüssli	Andrea	SP	JA
125	Osbahr	Thomas	SVP	NEIN
058	Papageorgiou	Kyriakos	SP	JA
115	Pflüger	Severin	FDP	NEIN
073	Piller	Bernhard	Grüne	JA

052	Prelicz-Huber	Katharina	Grüne	JA
072	Probst	Matthias	Grüne	JA
157	Regli	Daniel	SVP	NEIN
006	Richli	Mark	SP	JA
021	Rothenfluh	Gabriela	SP	JA
054	Rykart Sutter	Karin	Grüne	JA
010	Sangines	Alan David	SP	JA
065	Savarioud	Marcel	SP	JA
083	Schäfli	Corinne	AL	JA
141	Schatt	Heinz	SVP	NEIN
135	Scheck	Roland	SVP	NEIN
077	Scherr	Niklaus	AL	JA
089	Schiller	Christina	AL	JA
152	Schmid	Michael	FDP	NEIN
146	Schoch	Elisabeth	FDP	NEIN
156	Schwendener	Thomas	SVP	NEIN
041	Seidler	Christine	SP	JA
019	Silberring	Pawel	SP	JA
151	Simon	Claudia	FDP	NEIN
018	Speck	Roger Paul	SP	JA
165	Steger	Heinz F.	FDP	NEIN
033	Straub	Esther	SP	JA
027	Strub	Jean-Daniel	SP	--
150	Tognella	Roger	FDP	NEIN
173	Tomezzoli	Ruggero	SVP	NEIN
145	Traber	Christian	CVP	--
093	Trevisan	Guido	GLP	NEIN
166	Tschanz	Raphaël	FDP	NEIN
108	Tuena	Mauro	SVP	NEIN
057	Urban	Michel	SP	JA
138	Urech	Stefan	SVP	NEIN
120	Uttinger	Ursula	FDP	NEIN
047	Utz	Florian	SP	JA
129	Virchaux	Jean-Claude	CVP	NEIN
062	von Matt	Hans Urs	SP	JA
105	von Planta	Gian	GLP	NEIN
162	Weyermann	Karin	CVP	NEIN
028	Wiesmann	Barbara	SP	JA
002	Wiesmann	Matthias	GLP	NEIN
149	Willenegger	Lisa Magdalena	FDP	NEIN
009	Wüthrich	Katrin	SP	JA
015	Wyler	Rebekka	SP	JA

Das Postulat wird mit 60 gegen 57 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

132. 2013/252

Postulat von Simon Kälin (Grüne), Andreas Edelmann (SP) und 39 Mitunterzeichnenden vom 26.06.2013:

Wasserversorgung Zürich, Beitritt zum Netzwerk «Aqua Publica Europea»

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2013/98, Beschluss-Nr. 131/2014.

Simon Kälin (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4082/2013).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

Simon Kälin (Grüne) beantragt Abstimmung unter Namensaufruf.

Der Rat stimmt dem Antrag von Simon Kälin (Grüne) mit 100 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 30 Stimmen gemäss Art. 41 Abs. 1 GeschO GR erreicht.

Abstimmung gemäss Art 41 GeschO GR:

Abstimmungsprotokoll				
Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
039	Abele	Martin	Grüne	JA
144	Ackermann	Ruth	CVP	NEIN
087	Akyol	Ezgi	AL	JA
042	Altinay	Petek	SP	JA
084	Angst	Walter	AL	JA
012	Aubert	Marianne	SP	JA
124	Babini	Mario	SVP	NEIN
137	Balsiger	Samuel	SVP	NEIN
063	Bär	Linda	SP	JA
003	Bartholdi	Roger	SVP	NEIN
098	Baumann	Markus	GLP	NEIN
168	Baumer	Michael	FDP	NEIN
113	Bertozzi	Roberto	SVP	NEIN
051	Bieri	Cordula	Grüne	JA
119	Bourgeois	Marc	FDP	NEIN
031	Brander	Simone	SP	JA
068	Bührig	Marcel	Grüne	JA
131	Bürki	Martin	FDP	NEIN
176	Bürlimann	Martin	SVP	NEIN
049	Denoth	Marco	SP	JA
127	Dogwiler	Sven Oliver	SVP	--
096	Dubno	Samuel	GLP	NEIN
061	Edelmann	Andreas	SP	JA
022	Egger	Heidi	SP	JA
167	Egger	Urs	FDP	--
130	Egli	Andreas	FDP	NEIN

046	Esseiva	Nicolas	SP	JA
110	Fehr Düsel	Nina	SVP	NEIN
114	Fehr	Urs	SVP	NEIN
008	Fischer	Renate	SP	JA
001	Frei	Dorothea	SP	JA
043	Früh	Anjushka	SP	JA
099	Garcia	Isabel	GLP	NEIN
161	Gautschi	Adrian	GLP	NEIN
004	Glaser	Helen	SP	JA
154	Götzl	Martin	SVP	NEIN
020	Graf	Davy	SP	JA
088	Guggenheim	Eduard	AL	JA
035	Helfenstein	Urs	SP	JA
011	Huber	Patrick Hadi	SP	JA
005	Hug	Christina	Grüne	JA
143	Hungerbühler	Markus	CVP	NEIN
160	Hüni	Guido	GLP	NEIN
116	Huser	Christian	FDP	--
175	Hüssy	Kurt	SVP	NEIN
111	im Oberdorf	Bernhard	SVP	NEIN
123	Iten	Stephan	SVP	NEIN
170	Jäger	Alexander	FDP	NEIN
038	Kälin	Simon	Grüne	JA
014	Käppeli	Hans Jörg	SP	JA
092	Käser	Philipp	GLP	NEIN
086	Kirstein	Andreas	AL	JA
025	Kisker	Gabriele	Grüne	JA
118	Kleger	Thomas	FDP	NEIN
026	Knauss	Markus	Grüne	JA
147	Kobler	Raphael	FDP	NEIN
044	Kraft	Michael	SP	JA
183	Küng	Peter	SP	JA
071	Kunz	Markus	Grüne	JA
066	Lamprecht	Pascal	SP	JA
158	Landolt	Maleica	GLP	NEIN
133	Lauber	Tamara	FDP	NEIN
134	Leiser	Albert	FDP	NEIN
081	Leitner Verhoeven	Andrea	AL	JA
121	Liebi	Roger	SVP	NEIN
101	Luchsinger	Martin	GLP	--
082	Maino	Rosa	AL	JA
201	Manser	Joe A.	SP	--
163	Mariani	Mario	CVP	NEIN
048	Marti	Min Li	SP	JA
045	Matter	Sylvie Fee	SP	JA
069	Meier-Bohrer	Karin	Grüne	JA
104	Merki	Markus	GLP	NEIN
140	Monn	Thomas	SVP	NEIN
024	Moser	Felix	Grüne	JA
171	Müller	Marcel	FDP	--

112	Müller	Rolf	SVP	NEIN
094	Nabholz	Ann-Catherine	GLP	NEIN
032	Nüssli	Andrea	SP	JA
125	Osbahr	Thomas	SVP	NEIN
058	Papageorgiou	Kyriakos	SP	JA
115	Pflüger	Severin	FDP	NEIN
073	Piller	Bernhard	Grüne	JA
052	Prelicz-Huber	Katharina	Grüne	JA
072	Probst	Matthias	Grüne	JA
157	Regli	Daniel	SVP	NEIN
006	Richli	Mark	SP	JA
021	Rothenfluh	Gabriela	SP	JA
054	Rykart Sutter	Karin	Grüne	JA
010	Sangines	Alan David	SP	JA
065	Savarioud	Marcel	SP	JA
083	Schäfli	Corinne	AL	JA
141	Schatt	Heinz	SVP	NEIN
135	Scheck	Roland	SVP	NEIN
077	Scherr	Niklaus	AL	JA
089	Schiller	Christina	AL	JA
152	Schmid	Michael	FDP	NEIN
146	Schoch	Elisabeth	FDP	NEIN
156	Schwendener	Thomas	SVP	NEIN
041	Seidler	Christine	SP	JA
019	Silberring	Pawel	SP	JA
151	Simon	Claudia	FDP	NEIN
018	Speck	Roger Paul	SP	JA
165	Steger	Heinz F.	FDP	NEIN
033	Straub	Esther	SP	JA
027	Strub	Jean-Daniel	SP	--
150	Tognella	Roger	FDP	NEIN
173	Tomezzoli	Ruggero	SVP	NEIN
145	Traber	Christian	CVP	--
093	Trevisan	Guido	GLP	NEIN
166	Tschanz	Raphaël	FDP	NEIN
108	Tuena	Mauro	SVP	NEIN
057	Urben	Michel	SP	JA
138	Urech	Stefan	SVP	NEIN
120	Uttinger	Ursula	FDP	NEIN
047	Utz	Florian	SP	JA
129	Virchaux	Jean-Claude	CVP	NEIN
062	von Matt	Hans Urs	SP	JA
105	von Planta	Gian	GLP	NEIN
162	Weyermann	Karin	CVP	NEIN
028	Wiesmann	Barbara	SP	JA
002	Wiesmann	Matthias	GLP	NEIN
149	Willenegger	Lisa Magdalena	FDP	NEIN
009	Wüthrich	Katrin	SP	JA
015	Wyler	Rebekka	SP	JA

Das Postulat wird mit 60 gegen 57 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

**133. 2013/185
Postulat von Renate Fischer (SP), Martin Bürki (FDP) und 2 Mitunterzeichnenden vom 22.05.2013:
Bevölkerungsentwicklung im Sihltal, rechtzeitiger Kapazitätsausbau der Sihltalbahn**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Renate Fischer (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3934/2013): Immer mehr Personen fahren mit der Sihltalbahn. Im Gebiet wird weiterhin rege gebaut. Die Bewohner der Überbauungen in der Region Leimbach und Manegg sind auf die S4 als Anbindung an die Innenstadt angewiesen. Der Fahrplan der S4 ist heute aufgrund der teilweise nur eingleisig ausgebauten Strecke sehr störungsanfällig, so zum Beispiel bei der Station Manegg. Sind die 785 Wohnungen und 3200 Arbeitsplätze der Greencity Manegg einmal belegt, wird es vermutlich wieder zu Engpässen kommen. Im Quartier besteht Unverständnis, warum der bereits geplante und im kantonalen Richtplan vorgesehene Ausbau der Bahnstrecke nicht zusammen mit dem Bau der Greencity Manegg, sondern erst in 15 bis 20 Jahren erfolgen soll. Die Quartierbevölkerung ärgert sich auch darüber, dass es nach der Fertigstellung der neuen Überbauung durch den Bau eines zweiten Gleises erneut zu einer Baustelle kommen wird. Die Stadt sollte sich dafür einsetzen, dass der Ausbau der Bahnlinie koordiniert und rechtzeitig für alle bisherigen und alle neuen Nutzerinnen und Nutzer erfolgt.

Roland Scheck (SVP) begründet den namens der SVP-Fraktion am 12. Juni 2013 gestellten Ablehnungsantrag: Das Postulat fokussiert auf einen Doppelspurausbau Leimbach bis Manegg. Damit kann aber kein bisschen mehr Kapazität gewonnen werden. Es bräuchte eher einen Doppelspurausbau von Brunau bis Langnau. Ob die Vorstellungen der Postulanten bezüglich des Bevölkerungswachstums nach der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative noch stimmig sind, sei dahingestellt. Tatsache ist: Der Kanton hat vor rund drei Monaten einen neuen Richtplan verabschiedet, dem auch die Fraktionen der beiden Postulanten zugestimmt haben. Der Doppelspurausbau Brunau bis Langnau ist Teil dieses Richtplans. Mit dem vorliegenden Postulat wird nun der Richtplan untergraben. Das ist nicht die feine Art der Zusammenarbeit. Auch die Haltung des Stadtrats können wir nicht nachvollziehen. Er scheint bereit zu sein, den Richtplan im Namen der Stadt anzufechten. Wie jede andere Gemeinde war auch Zürich in den Prozess involviert. Würde man immer so vorgehen, wäre eine koordinierte Weiterentwicklung unseres Kantons in höchstem Grad gefährdet. Auch wir stimmen nicht mit allen Punkten des Richtplans überein. Doch wir respektieren ihn im Sinne eines ganzheitlichen Kompromisses.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

STR Andres Türler: Der Richtplaneintrag ist drei Monate alt. Das Postulat hingegen stammt von 2013. Es nimmt ein Problem auf, das künftig entstehen könnte. Die Sihltalbahn hat dieses Problem ebenfalls erkannt und will mit einer Studie untersuchen, wie die künftigen Kapazitäten bereitgestellt werden könnten. Bevor die Studie vorliegt, können wir nicht sagen, welche Variante zur Lösung am besten geeignet ist. Ob es

diejenige der Postulanten ist, wird sich weisen. Sicher ist aber, dass man nicht alles gleichzeitig machen kann, da dies von den Bauinstallationen und der Sicherheit her nicht möglich ist. Das Thema steht aber im Raum, man kann es lediglich nicht heute lösen. Deshalb ist der Stadtrat bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

Weitere Wortmeldung:

Martin Bürki (FDP): *Zum Votum von Roland Scheck (SVP): Es ist eine Tatsache, dass die Leute in die Überbauungen ziehen werden. Es besteht ein Bedarf nach öffentlichem Verkehr. Das Problem muss auf den Tisch gebracht werden. Das war der Grund für dieses Postulat.*

Das Postulat wird mit 94 gegen 22 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

134. 2013/355

Motion von Martin Bürlimann (SVP) und Roberto Bertozzi (SVP) vom 23.10.2013: Senkung der Umsatzabgabe des ewz an die Stadtkasse

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Martin Bürlimann (SVP) *begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 4377/2013): Das ewz ist seit 1989 zu einer Umsatzabgabe von 9 % an die Stadtkasse verpflichtet. Die Umsatzabgabe wird aber im Zuge der Marktliberalisierung für das ewz zunehmend zu einer grossen Belastung. Mit der Marktöffnung besteht die Gefahr, dass grosse Kunden und später auch Privatkunden in den freien Markt wechseln. Auch das Umfeld des ewz hat sich in den letzten Jahren verändert. Das Tätigkeitsfeld wurde um das Geschäftsfeld Energiedienstleistungen und den Geschäftsbereich Telecom erweitert. Die Energieversorgung bezüglich Tarifgestaltung ist stark reguliert und der anrechenbare Gewinn der Verteilnetzbetreiber limitiert. Seit 2008 sind die Energiepreise in Europa stark gesunken. Bei der Telecom ist eine Gewinnablieferung in den nächsten 15 Jahren unrealistisch. Seit 2009 erleidet das ewz einen Nettogeldabfluss von jährlich 100 Millionen Franken. Es wird zunehmend schwieriger für das ewz, eine umsatzabhängige Gewinnablieferung im bisherigen Ausmass zu leisten. Mit der Motion kann der Stadtrat die Abgabe umgehend auf das mögliche Minimum von 6 % senken.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

STR Andres Türler: *Ich stimme Martin Bürlimann (SVP) weitgehend zu. Bei der Telecom haben wir allerdings stets gesagt, dass es etwas länger dauern wird und schon damals von den erwähnten 15 Jahren gesprochen. Die Motion nimmt ein wichtiges Thema auf. Der Stromsparbeschluss stammt aus der Monopolzeit. Die Rahmenbedingungen haben sich geändert. Wir haben eine Regulierung und neue Geschäftsfelder. Wir haben eine Marktöffnung. Unsere Mitbewerber haben den Geldabfluss nicht. Dieses Geld fehlt uns, wenn wir in erneuerbare Energien investieren wollen. Es fehlt uns aber auch für die Rekonzessionierung unserer Wasserkraft. Es braucht eine Änderung des Stromsparbeschlusses. Im Rahmen des Budgets wird festgelegt, wie viel abgeliefert werden soll. Die Zahl muss zwischen 6 und 9 % liegen. Der Stadtrat ist bereit, die Motion als Postulat entgegen zu nehmen. Die Stossrichtung*

ist gut. Doch der Stadtrat möchte eine Gesamtsicht machen und nicht einfach an den Prozentzahlen drehen.

Weitere Wortmeldungen:

Gian von Planta (GLP): *Das ewz ist heute in einem offenen Markt tätig. Der Markt definiert, wie gross der Gewinn ist, den man erwirtschaften kann. Darauf müssen wir Rücksicht nehmen. Der Umsatz ist eine Grösse, die nichts über die Leistungsfähigkeit eines Unternehmens aussagt. Wenn wir die Umsatzabgabe so stehen lassen, wie sie heute ist, bedeutet das nichts anderes, als dass das ewz in Zeiten, in denen es am Markt die Rendite von 9 % nicht erreichen kann, mehr abliefern muss, als es erwirtschaftet. Wir sind daran, das Energiesystem umzubauen und wollen, dass das ewz auf diesem Weg weitergehen kann. Wir lehnen die Motion ab, sagen aber Ja zum Postulat. Die Umsatzabgabe sollte geändert werden und mehr vom Gewinn abhängig sein.*

Helen Glaser (SP): *In Hinsicht auf die Energiewende ist es wichtig, dass das ewz in der nächsten Zeit genug Geld hat und nicht von der Substanz leben muss. Wir sind aber der Meinung, dass die Stadt zum heutigen Zeitpunkt das Geld eher benötigt als das ewz. Andernfalls müssen wir beim Budget schmerzvolle Kürzungen in Kauf nehmen. Der Stadtrat wird eine Weisung bringen und den Mechanismus anpassen. Er weiss sicherlich am besten, wo das Geld gebraucht wird. Deshalb werden wir sowohl Motion als auch Postulat ablehnen.*

Bernhard Piller (Grüne): *Der Vorstoss der SVP ist unehrlich. Die SVP hatte bisher eher das Anliegen, das ewz zu verscherbeln. Es geht ihr hier vermutlich darum, die Stromgebühren noch weiter zu senken. Das ewz braucht das Geld, um in erneuerbare Energien zu investieren. Das ist unbestritten. Doch das ewz nagt nicht am Hungertuch. Die Situation ist aufgrund des teilweise geöffneten Markts im Strombereich tatsächlich schwieriger geworden. Das kann sich aber auch wieder ändern. Beim ewz ist in einigen Bereichen sehr viel Geld vorhanden. Man muss die Umsatzabgabe nicht zwingend reduzieren. Der Stadtrat macht sich zu dieser Situation bereits Überlegungen. Dafür braucht es weder eine Motion noch ein Postulat.*

Alexander Jäger (FDP): *Der Strommarkt wurde teilliberalisiert. Bei solchen Veränderungen ist eine Umsatzbesteuerung nicht mehr möglich. Man kann den Strompreis nicht nach Belieben ansetzen. Die Preise werden unter der Aufsicht der Elektrizitätskommission ECom zudem genau durchleuchtet. Es wird genau gesagt, wie viel Gewinn man überhaupt abliefern darf. Die Senkung der Umsatzabgabe ist zwar ein Nachteil für die Stadtkasse, aber ein Vorteil für neue Entwicklungen. Man kann zum Beispiel Ökostrom anbieten. Die FDP unterstützt das Anliegen als Postulat.*

Walter Angst (AL): *Der Vorstoss als Motion ist überflüssig. Der Gemeinderat kann im Rahmen der Budgetdebatte eine Anpassung vornehmen. Es ist nicht nötig, eine Volksabstimmung durchzuführen. Einem Postulat würden wir zustimmen. Auch wir sind der Meinung, dass es nicht angehen kann, permanent einen Maximalbetrag aus der Kasse des ewz zu nehmen. Man hat damals festgelegt, dass die Abgabe auf dem Umsatz und nicht auf einem anderen Ertragskriterium basiert. Das ist ein Geburtsfehler. Der Haltung der SP und der Grünen kann ich nicht zustimmen. Man sollte dies nicht als budgetpolitische Frage betrachten und sagen, wir müssen der Stadtkasse Geld zuführen. Wir stehen ein für einen Service public, für eine sinnvolle Preisgestaltung, für eine gute Politik mit dem ewz. Der ökologische Standard, den wir wollen, soll umgesetzt werden.*

Roger Tognella (FDP): *Ein Postulat wäre der richtige Ansatz. Die Voten der SP und der Grünen haben mich jedoch erstaunt. Die 9 % sind eine typische Abzocke. Man will das*

Geld zurückstellen und umverteilen. Das ewz muss sich tagtäglich am Markt behaupten. Eine Umsatzabgabe von 9 % wird langfristig zu einem Anstieg der Energiepreise führen. Das ewz verfügt im Wettbewerb nicht über gleich lange Spiesse wie die Konkurrenz. Es muss Kapital bilden können und sich agil am Markt bewegen können. Es muss auch Arbeitsplätze sichern. Der Stadtrat soll das Anliegen prüfen und umsetzen.

Roger Liebi (SVP): Ich stimme Walter Angst (AL) weitgehend zu. Die Umsatzabgaben wurden auch in der RPK hinterfragt, insbesondere von der SP. Es geht uns nicht darum, etwas zu privatisieren. Wir streben die langfristige Sicherung eines leistungs- und konkurrenzfähigen ewz an. Die Strommarktliberalisierung ist eine Tatsache. Wir müssen gute Voraussetzungen schaffen, damit Zürich konkurrenzfähig sein kann.

Ruth Ackermann (CVP): Der Beitrag des ewz an die Stadt ist wichtig und wertvoll. Durch die veränderten Umstände wird die Situation für das ewz aber immer schwieriger. Eine Prüfung der Abgabe hinsichtlich der Höhe und der Grundlage ist nötig. Der Stadtrat sollte prüfen, ob die 9 % im Zusammenhang mit dem offenen Strommarkt auch in Zukunft noch möglich sind. Wir würden das Anliegen als Postulat unterstützen.

Florian Utz (SP): Das ewz wird hier als kurz vor der Pleite stehendes Unternehmen dargestellt. Die Zahlen widersprechen dem. Das ewz erzielte 2013 einen Nettogewinn von 28 Millionen Franken. In den letzten fünf Jahren erzielte es einen Nettogewinn von 146 Millionen Franken. Das Vermögen des ewz stieg in dieser Zeit von 745 auf 891 Millionen Franken. Das ewz steht nicht vor der Pleite. Ich wehre mich auch gegen die Anschuldigung einer Abzocke. Es geht um eine Volksentscheid. Zudem würden in der Stadtkasse 22 Millionen Franken fehlen, die wir bei der Budgetdebatte durch harte Sparmassnahmen einsparen müssten. Das ist im Grunde das Ziel der SVP.

Niklaus Scherr (AL): Das ewz ist im Vergleich mit Unternehmen wie Alpiq, Axpo oder BKW, die rote Zahlen schreiben, gut aufgestellt. Das ist vielleicht auch dem Umstand zu verdanken, dass wir die Leine eher kurz gehalten haben. Der Beschluss zur Umsatzabgabe stammt aus dem Jahr 1989 und geht auf einen Streit mit der Preisüberwachung zurück. Es musste ein Ablieferungsfenster definiert werden, das eine rechtsstaatliche Garantie liefert, was man aus einem solchen Gewinn herausnehmen kann. Bei einer vollständigen Liberalisierung des Strommarkts wird die Tatsache, dass das ewz keine Steuern zahlt, als Marktverzerrung eingestuft werden. Der Beschluss ist 25 Jahre alt und kann durchaus auf seine aktuelle Tauglichkeit hinterfragt werden.

Martin Bürlimann (SVP) ist einverstanden die Motion in ein Postulat umzuwandeln: Ich wehre mich gegen den Vorwurf, dass unser Vorstoss unehrlich sein soll. Es geht nicht um Privatisierung. Wir haben den Volksentscheid akzeptiert. Das ewz wird in den nächsten zehn Jahren nicht privatisiert werden. Dieser Entscheid gilt. Wir sind einverstanden, unser Anliegen nicht als Motion einzureichen, damit in der nächsten Budgetdebatte ein analoger Budgetantrag diskutiert werden kann. In diesem Sinne würden wir das Anliegen gerne als Postulat einreichen. Wir bleiben aber bei der Forderung, dass die Umsatzabgabe so schnell wie möglich auf das Minimum gesenkt wird.

Das Postulat GR Nr. 2014/185 (statt Motion GR Nr. 2013/355, Umwandlung) wird mit 64 gegen 51 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

135. 2013/395

**Postulat von Roger Tognella (FDP) und Dorothea Frei (SP) vom 13.11.2013:
Einrichtung des Schwamendinger «Kinderhuus» in der städtischen Liegenschaft
an der Friedrichstrasse 9 unter Nutzung der Synergien zwischen den bestehenden
Institutionen und Angeboten**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Roger Tognella (FDP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4476/2013): *Es geht um die Einrichtung des Schwamendinger «Kinderhuus». Schwamendingen ist das kinderreichste Quartier der Stadt. Die unkomplizierte Art von Angeboten für Eltern und Kinder hat in Schwamendingen Erfolg. Sie vereint Nationalitäten, aber auch die Quartierbevölkerung. Bis jetzt liess sich kein geeigneter Raum für das «Kinderhuus» finden. Die Liegenschaft an der Friedrichstrasse wäre geeignet. Sie muss saniert werden und benötigt ein Nutzungskonzept. Im Erdgeschoss könnte behindertengerecht ein Café als Treffpunkt für die Anwohner eingerichtet werden. Der Raum würde sich nicht nur für die Tagesnutzung eignen. In Schwamendingen besteht auch eine starke Nachfrage nach Räumlichkeiten für unkomplizierte Vereinstreffen. Abendnutzungen wären in diesem Sinne ebenfalls möglich. Mit dem Eltern-Kind-Zentrum «Krokodil» hätte man bereits eine etablierte und im Quartier anerkannte Institution, die die Verwaltung übernehmen würde. Das Ziel des Postulats ist eine Konsolidierung im räumlichen und leistungsbezogenen Sinne.*

Roberto Bertozzi (SVP) begründet den von Roland Scheck (SVP) namens der SVP-Fraktion am 27. November 2013 gestellten Ablehnungsantrag: *Die Postulanten fordern die Zusammenlegung der Räumlichkeiten für verschiedenste Angebote für Schüler, Kinder im Vorschulalter und andere Angebote im Quartier. Unserer Meinung nach sollte die Initiative für ein solches Vorhaben von Privaten stammen. Wir lehnen das Anliegen deshalb ab.*

Weitere Wortmeldung:

Roger Tognella (FDP): *Ein Kommentar zur nicht ganz korrekten Begründung von Roberto Bertozzi (SVP): Es geht um Betreuung für Kinder im Vorschulalter, nicht um Angebote für Jugendliche. Dafür gibt es bereits andere Angebote. Es handelt sich zudem durchwegs um die Initiative Privater.*

Das Postulat wird mit 94 gegen 22 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

136. 2014/120

**Postulat von Guido Hüni (GLP) und Maleica Landolt (GLP) vom 09.04.2014:
Überprüfung sowie allfällige Anpassung der Rechtsgrundlage für die durch die
«sip züri» wahrgenommenen Sicherheits- und Begleitungsaufgaben**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Guido Hüni (GLP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4900/2014): *Die sip züri ist eine Erfolgsgeschichte. Sie vermittelt überall dort, wo es zwischen Gruppen*

und anderen Nutzern zu Beanstandungen kommt. Sie greift bei Störungen, Konflikten und Belästigungen im öffentlichen Raum ein und ist ein etablierter Betrieb. Sie verfügt über keine polizeilichen Kompetenzen. Sie kann Sicherheit vermitteln, diese aber nicht mit Gewalt durchsetzen. Gerade diese Mischung zwischen sozialarbeiterischem und ordnungsdienstlichem Auftrag macht sie meiner Meinung nach so erfolgreich. Die sip züri hat ihr Angebot über die Jahre erfolgreich ausgeweitet. So etwa erfüllt sie ihre Aufgaben unter anderem auch beim Strichplatz in Altstetten und ist seit 2014 beim Asylzentrum im Juchareal für die Ordnung verantwortlich. Diese beiden Aufgaben sind aber nicht im offiziellen Auftragsbereich enthalten. Damit begibt sich die sip züri in ein heikles Gebiet, für das noch keine Rechtsgrundlage besteht. Es besteht der Bedarf, den Rechtsrahmen neu zu formulieren.

Roberto Bertozzi (SVP) begründet den von Roland Scheck (SVP) namens der SVP-Fraktion am 14. Mai 2014 gestellten Ablehnungsantrag: Die Postulanten wollen die Verantwortung und den Aufgabenbereich der sip züri weiter ausdehnen. Wir sind gegen diese Entwicklung. Sie führt unter anderem zu einer Konkurrenzierung des Sicherheitsgewerbes. Zudem gehören die Asylanten nicht zum typischen Zielpublikum der sip züri. Sie entwickelt sich immer mehr zu einem Ordnungsamt nach deutschem Vorbild. Eine Grundsatzdiskussion bezüglich der Aufgaben eines derartigen Ordnungsamts und der Polizei fehlt. Deshalb sind wir gegen die Ausdehnung des Aufgabenbereichs der sip züri.

Weitere Wortmeldungen:

Mauro Tuena (SVP): Gemäss Postulatstext geht es darum, dass die Rechtsgrundlage überprüft wird. Weiter wird geschrieben, dass man sie entsprechend anpassen muss. Das bedeutet, dass die sip züri durchaus Aufgaben wie die nun erwähnten übernehmen soll. Aus diesem Grund lehnen wir den Vorstoss ab. Wir wollen nicht, dass die Rechtsgrundlage dahingehend angepasst wird, dass die sip züri plötzlich Bewachungsaufgaben wahrnimmt, die auch Private durchführen könnten. Die sip züri hat keine polizeilichen Kompetenzen. Das Geld sollte besser dem Polizeidepartement zur Verfügung gestellt werden. Dass man nun das Aufgabengebiet immer weiter ausbaut und möglicherweise auch noch Asylunterkünfte im Aargau oder irgendwo sonst von der sip züri bewachen lässt, können wir nicht unterstützen.

Michael Kraft (SP): Die Struktur der sip züri ist über die Jahre gewachsen. Eine Überprüfung ist sinnvoll. Dabei könnten auch Fragen im Zusammenhang mit dem Betrieb des Asylzentrums geklärt werden. Gerade beim Asylzentrum halte ich es für sinnvoll, dass die sip züri dort arbeitet, allein schon deswegen, weil sie schon auf dem nahegelegenen Strichplatz einen entsprechenden Auftrag hat. Es ist sinnvoll, dass hier nicht mehrere Organisationen nebeneinander arbeiten. Ich möchte mir zudem nicht vorstellen, dass Firmen wie Securitas oder Delta Security eine derart sensible Aufgabe übernehmen, die eindeutig eine Staatsaufgabe ist. Eine private Firma könnte auch nicht alle Aufgaben übernehmen, die die sip züri nun innehat. Im Sinne einer Auslegeordnung unterstützen wir das Postulat.

Niklaus Scherr (AL): Als Rechtsgrundlage für die sip züri dient der Beschluss von 1990 über Sozialhilfe an Suchtmittelabhängige, psychisch Behinderte und sozial Auffällige in Not. Diese Rechtsgrundlage deckt nicht einmal ansatzweise die ganze Breite des heutigen Aufgabengebiets ab. Es braucht eine Grundsatzabstimmung, ob wir neben der Polizei und der Sozialarbeit eine Mischform wollen, die im Rahmen des Budgets ständig ausgebaut werden kann. Diese Frage muss dem Volk vorgelegt werden. In diesem Sinne geht der Vorstoss in die richtige Richtung. In der Schulsozialarbeit etwa existiert ein Grundsatzentscheid des Volks. Bei der sip züri hingegen wird schleichend

ausgebaut. Wenn es um polizeiliche Kompetenzen geht, muss das Monopol klar beim Staat bleiben. Die sip züri ist keine Hilfspolizei. Wir setzen uns für saubere Rechtsgrundlagen ein und unterstützen den Vorstoss.

Katharina Prelicz-Huber (Grüne): Den ursprünglichen Auftrag der sip züri erachten wir als sinnvoll. Es soll darum gehen, dass alle Gruppierungen in der Stadt Platz haben und dass man rücksichtsvoll miteinander umgeht. Wir wollen keine sip züri, die Überwachungsfunktionen übernimmt. Überwachungsfunktionen sind unserer Meinung nach ein Auftrag der Polizei. Wir wollen bei der sip züri auch keine grundsätzliche Ausweitung auf Überwachungsfunktionen, insbesondere bei Asylbewerbenden. Wir sprechen von Asylbewerbenden und nicht von Kriminellen, die bewacht werden müssen. Wir lehnen eine Erweiterung des Auftrags und somit auch den Vorstoss ab.

Walter Angst (AL): Katharina Prelicz-Huber (Grüne) hat uns in ihrem Votum die sip züri als Helferin und Retterin präsentiert, die dafür sorgt, dass der Junkie gut mit der Mutter in der Bäckieranlage auskommt. Das ist ein weichgezeichnetes Bild. Natürlich kommen solche Situationen vor, doch die Polizei macht das oft professioneller. Der Auftrag der sip züri ist klar und soll nicht verwedelt werden.

Mauro Tuena (SVP): Die sip züri ist kein geeignetes Instrument für derartige Bewachungen. Wenn schon, ist es bei Asylunterkünften Sache der Polizei. Michael Kraft (SP) nannte zwei Firmen, die seiner Meinung nach untauglich für die Wahrnehmung von Bewachungsaufgaben sind. Das ist unerhört. Diese Unternehmungen leisten ausgezeichnete Arbeit und nehmen teilweise auch Aufträge des Staats wahr. Tatsache ist, dass die Privaten strengen Kontrollen unterliegen. Ich bin sicher, dass es die Privaten ebenso gut machen wie der Staat, aber sicher um einiges besser als die sip züri.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

STR Raphael Golta: Die Debatte zeigt, dass die Diskussion der Rechtsgrundlage notwendig ist. Wir müssen diskutieren, welche Aufgaben von der sip züri übernommen werden sollen. Die sip züri ist weder privater Sicherheitsdienst noch Polizei. Das macht die Herausforderung so speziell. Es ist eine Institution, die sich auch an neuen Herausforderungen orientieren muss. Es gibt sehr unterschiedliche Überlegungen, ob man beim Testzentrum Juch eher die Polizei oder private Sicherheitsdienste einsetzen soll. Deshalb sollten wir nicht unglücklich darüber sein, dass wir die sip züri haben. Wir sind gerne bereit, die Fragen zu prüfen. Wir haben auch keine Angst vor Abstimmungen. Wir sind überzeugt, dass die sip züri ihre Aufgaben bisher gut erfüllt hat und dass Möglichkeiten bestehen, neue Herausforderungen anzunehmen.

Das Postulat wird mit 81 gegen 35 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

137. 2014/186

Postulat von Alan David Sangines (SP), Matthias Probst (Grüne) und 1 Mitunterzeichnenden vom 11.06.2014:

Erhöhung der Anzahl von Kontingentflüchtlingen aus Syrien sowie Lockerung der Einreisebestimmungen

Von Alan David Sangines (SP), Matthias Probst (Grüne) und 1 Mitunterzeichnenden ist am 11. Juni 2014 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er sich über geeignete Gremien (beispielsweise Städte-Verband, direkte Gespräche, etc) beim Bund dafür einsetzen kann, dass dieser die Anzahl von Kontingentflüchtlingen aus Syrien markant erhöht und die Einreisebestimmungen für Menschen aus Syrien lockert.

Begründung:

Seit Jahren tobt in Syrien ein brutaler Bürgerkrieg, bei dem grausame Menschenrechtsverletzungen begangen werden. Millionen von Menschen sind auf der Flucht und leben in überfüllten Flüchtlingslagern, teilweise unter prekären Bedingungen. Die Nachbarländer Syriens leiden unter der enormen Anzahl an Flüchtlingen, die sie zu beherbergen haben. Im Libanon (Bevölkerungszahl von ca. 4,5 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern) leben beispielsweise über 800'000 syrische Flüchtlinge. Die UNO hat denn auch im Januar 2014 den grössten Spendenaufruf für eine einzelne Krise in seiner Geschichte gestartet, um die Nachbarländer zu entlasten. Die Schweiz hat angekündigt, 500 Kontingentsflüchtlinge aufzunehmen. Weiter hat die Schweiz im Herbst 2013 die Visum-Einreisebestimmungen für Syrierinnen und Syrier mit Verwandten in der Schweiz zwar kurzfristig gelockert, per Ende 2013 aber bereits wieder aufgehoben bzw. verschärft.

Angesichts der anhaltenden dramatischen Lage in Syrien und dem kaum zu bewältigenden Flüchtlingsstrom in die Nachbarländer Syriens, ist die Weltgemeinschaft gefordert, den flüchtenden Menschen entsprechend Schutz zu gewähren. So haben auch viele Länder in Europa grosszügige Flüchtlingskontingente erlassen oder diese gar erhöht.

Als humanitäres Land sollte die Schweiz ebenfalls einen wesentlichen Teil dazu beitragen, um schutzbedürftigen Menschen eine Fluchtmöglichkeit zu gewähren. Aus diesem Grund soll sich der Stadtrat über geeignete Gremien (Städte-Verband, direkten Interventionen, etc.) für eine markante Erhöhung der Kontingentszahl (Hilfswerke wie Caritas sprechen von 5'000) und erleichterte Einreisebestimmungen einsetzen.

Mitteilung an den Stadtrat

138. 2014/187

Postulat von Peter Küng (SP) und Gian von Planta (GLP) vom 11.06.2014:
Errichtung einer Kapphaltestelle am Stauffacher für die in Richtung Hardplatz fahrenden Trams der Linie 8

Von Peter Küng (SP) und Gian von Planta (GLP) ist am 11. Juni 2014 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie bei der geplanten Verlegung der Haltestelle des Trams 8 am Stauffacher auch für die in Richtung Norden (Richtung Hardplatz) fahrenden Trams eine Kapphaltestelle eingerichtet werden kann.

Begründung:

Die geplante Verlegung der Haltestelle des Trams 8 auf die Südseite der Kreuzung Stauffacherstrasse / Badenerstrasse ist sinnvoll, gibt aber in Bezug auf die Sicherheit der Trampassagiere nur dann einen Sinn, wenn für die in Richtung Norden fahrenden Trams eine Kapphaltestelle eingerichtet wird. Dies aus zwei Gründen:

Die Passagiere, welche vom Tram 8 zur Haltestelle der Linien 2, 3, 9 und 14 queren, werden – wie heute schon – mehrheitlich auch bei Rot über die Stauffacherstrasse eilen, um ihren Anschluss nicht zu verpassen. Diese erhebliche Gefahrenquelle sollte bei der Neuplanung beseitigt werden.

Ferner wird der Fussgängerstreifen über die Strauffacherstrasse wegen der geplanten Traminsel einige Meter Richtung Süden verschoben. Somit wird in Kauf genommen, dass auch Fussgängerinnen und Fussgänger, die kein Tram benutzen wollen, künftig den direkten Weg über die Stauffacherstrasse an der Stelle des jetzigen Fussgängerstreifens wählen, anstatt einen Umweg zu machen. Es gilt hier eine neue Gefahrenquelle zu verhindern. Mit einer Kapphaltestelle würde sich die Verlegung des Fussgängerstreifens erübrigen.

Mitteilung an den Stadtrat

139. 2014/188
Postulat von Markus Knauss (Grüne) und Gabriele Kisker (Grüne) vom 11.06.2014:
Ersatzlose Aufhebung der Parkplätze auf dem Prediger- und dem Zähringerplatz

Von Markus Knauss (Grüne) und Gabriele Kisker (Grüne) ist am 11. Juni 2014 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die Parkplätze auf dem Predigerplatz und dem Zähringerplatz zur Freude und Erbauung der Stadtzürcher Bevölkerung und aller BesucherInnen unserer schönen Stadt ersatzlos aufgehoben werden können.

Begründung:

Dem Geschäftsbericht 2013 des Finanzdepartementes ist zu entnehmen, dass die Liegenschaftenverwaltung der Stadt Zürich den Ausbau des Parkhauses Urania plante, um die Parkplätze am Predigerplatz aufzuheben. Dieses Ansinnen kann nun aus Kostengründen nicht realisiert werden. Eine solche Kompensation wäre aber auch deshalb gar nicht zulässig, weil die Parkplätze schon einmal im Parkhaus Urania kompensiert worden sind. So jedenfalls wurde es jeweils in den Kommissionen des Gemeinderates wiedergegeben.

Nun ist aber der Zeitpunkt gekommen, den Predigerplatz und den Zähringerplatz von den Parkplätzen zu befreien und zwar ersatzlos. Auch der Historische Kompromiss würde einen solchen Abbau ohne weiteres zulassen, da seit langer Zeit genau für solche Zwecke eine Reserve besteht.

Mit der Rückgabe des Predigerplatzes und des Zähringerplatzes an die Stadtzürcher Bevölkerung und aller BesucherInnen Zürichs kann ein weiterer Platz in der historischen Altstadt attraktiv gestaltet werden, wie das mit dem Hirschenplatz oder dem Beatenplatz schon realisiert oder mit dem Münsterhof geplant ist.

Mitteilung an den Stadtrat

140. 2014/189
Postulat von Bernhard Piller (Grüne) und Matthias Probst (Grüne) vom 11.06.2014:
Verbot oder Einschränkung von Flugreisen der städtischen Angestellten und Behördenmitgliedern auf kurzen und mittleren Distanzen

Von Bernhard Piller (Grüne) und Matthias Probst (Grüne) ist am 11. Juni 2014 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie Flugreisen von städtischen Angestellten und Behördenmitgliedern in Erfüllung einer städtischen Aufgabe über eine Distanz von bis zu 500 km komplett verboten und entsprechende Flugreisen über eine Distanz zwischen 500 km und 1'000 km maximal eingeschränkt werden können.

Begründung:

Der stadträtlichen Antwort auf die schriftliche Anfrage GR Nr. 2013/442 zum Thema Ausmass der dienstlichen Flugreisen des städtischen Personals ist zu entnehmen, dass im Jahr 2013 insgesamt 676 Flüge gebucht wurden. 219 dieser Flüge gingen über eine Distanz von weniger als 500 km. 360 Flüge gingen über eine Distanz zwischen 500 und 1'000 km.

Es ist doch bemerkenswert, dass es sich bei 85% der dienstlichen Flugreisen um Kurzstreckenflüge und bei 32% sogar um Flüge über eine Kürzestdistanz handelt. Diese Zahlen sind für die Stadt Zürich mit ihrem 2000-Watt-Ziel inakzeptabel. Dies vor allem auch darum, weil Kurzstreckenflüge weit klimaschädlicher sind als Langstreckenflüge. Kurzstreckenflüge verursachen 320 Gramm CO₂-eq pro PassagierIn und Kilometer, Interkontinentalflüge hingegen nur 220 Gramm CO₂-eq pro PassagierIn und Kilometer.

Die zum Teil längere Reisezeit bei Zug- statt Flureisen ist im Zeitalter des mobilen Büros kein Argument mehr. Ein Sitzplatz im Zug ist heute auch ein Arbeitsplatz. Ausserdem gibt es heute von Zürich aus ein komfortabel ausgebautes Nachtzugnetz.

Die Ausführungsbestimmungen zum Personalrecht (AB PR) sind entsprechend anzupassen.

Mitteilung an den Stadtrat

141. 2014/190

Interpellation von Markus Hungerbühler (CVP) und Karin Weyermann (CVP) vom 11.06.2014:

Entwicklung der Bahnhofstrasse zu einer Büro- und Luxusmeile, Einfluss der grossen Warenhäuser auf die Frequenzen sowie Möglichkeiten zur Erhaltung der Durchmischung

Von Markus Hungerbühler (CVP) und Karin Weyermann (CVP) ist am 11. Juni 2014 folgende Interpellation eingereicht worden:

Die Innenstadt, und ganz besonders die Bahnhofstrasse, nimmt eine wichtige Funktion in der Gesellschaft wahr. Sie demonstriert beispielhaft zürcherisches Leben, sie ist sozialer Treffpunkt und befriedigt die Einkaufsbedürfnisse einer breiten Konsumentenschaft mit unterschiedlichsten Einkommens- und Vermögensverhältnissen. Die Entwicklung der Bahnhofstrasse weg von einer willkommenen Vielfalt an Geschäften hin zur Büro- und Luxusmeile beschäftigt die Menschen, die in und um Zürich leben. Das hat nicht zuletzt das riesige Echo in der Bevölkerung auf die Gründung der IG Manor Bahnhofstrasse gezeigt, die sich zugunsten der dringend gewollten Durchmischung im April 2014 gebildet hat. Stimmen aus der Zivilgesellschaft, aus Kultur, dem Gewerbe und auch aus der Wirtschaft haben sich in eindrücklicher Weise zu Wort gemeldet.

Wir bitten in diesem Zusammenhang den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Besteht ein aktualisiertes Leitbild über die Entwicklung der Innenstadt, insbesondere der Bahnhofstrasse?
2. Ist der Stadtrat bereit, ein solches aktualisiertes Leitbild zu erstellen?
3. Was gedenkt der Stadtrat zu tun, um die Durchmischung an der Bahnhofstrasse zu erhalten bzw. den schleichenden Identitätsverlust der Bahnhofstrasse zu stoppen?
4. Die Stadtverwaltung hat verschiedentlich die Passantenfrequenzen in der Innenstadt gemessen. Zu welchen Ergebnissen ist sie bezüglich der Bahnhofstrasse gekommen?
5. Lässt sich abschätzen, welchen Anteil die grossen Warenhäuser Jelmoli, Manor, Globus und St. Anna auf die Passantenfrequenzen haben?
6. Lässt sich abschätzen, wie sich eine Schliessung des Manors, der täglich mehr als 20'000 Besucher (6 Mio. pro Jahr) bedient und 2'000 Personen im Restaurant verköstigt, auf die Passantenfrequenzen auswirken wird?
7. Es gibt verschiedene Studien zu den Mietpreisen an der Bahnhofstrasse. Eine fundierte Studie wurde von der Vereinigung Bahnhofstrasse erstellt. Ist diese Studie dem Stadtrat zugänglich? Kann der Stadtrat diese Studie im Rahmen der Interpellationsanfrage zugänglich machen?
8. Augenfällig ist, dass an der Bahnhofstrasse und im umliegenden Quartier eine relativ hohe Anzahl Büroflächen leer stehen, während dem Detailhandelsflächen gesucht sind. Täuscht dieser Eindruck? Wie gross sind die Leerstandsflächen für Büronutzung und Detailhandel an der Bahnhofstrasse und im umliegenden Quartier?
9. Verschiedene Gebäude an der Bahnhofstrasse wurden bereits oder werden zurzeit erneuert oder deren Erneuerung ist geplant (beispielsweise Sitz der CS, der ZKB und der UBS). Dabei fällt auf, dass die Erdgeschossnutzung dem Detailhandel zugeführt wird. Trifft dies zu? Wie stellt sich der Stadtrat dazu?
10. Ist der Stadtrat in Kontakt mit der Eigentümerin des Manor-Gebäudes und den anderen Eigentümern, die auf Grund ihrer wichtigen Stellung an der Bahnhofstrasse neben den verständlichen Wirtschaftsinteressen auch eine öffentliche Verantwortung tragen?
11. Ist der Stadtrat bereit, mit der Eigentümerin des Manor-Gebäudes den Kontakt aufzunehmen?
12. Wie stellt sich der Stadtrat zur Initiative der IG Manor?

Mitteilung an den Stadtrat

Die vier Postulate und die Interpellation werden auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

142. 2014/191

**Schriftliche Anfrage von Matthias Probst (Grüne) vom 11.06.2014:
Sanierung der Ruine Schnabelburg, Auflagen und Ersatzmassnahmen für den
Schutz der Zahnlosen Schliessmundschnecke**

Von Matthias Probst (Grüne) ist am 11. Juni 2014 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Die Stadt Zürich ist Grundeigentümerin der Ruine Schnabelburg, Gemeinden Langnau und Hausen am Albis, und der betreffenden Waldparzellen. Auf dieser Ruine lebt der einzige aktuell bekannte Bestand der Zahnlosen Schliessmundschnecke, *Balea perversa*, im Kanton ZH. Die Art, eine typische Ruinenschnecke, hat gemäss der Roten Liste der gefährdeten Weichtiere der Schweiz den Status verletzlich (VU) und ist eine nationale Prioritätsart gemäss BAFU. Sie gilt auch in vielen anderen Ländern Europas als gefährdet, ja z.T. sogar vom Aussterben bedroht. Die Schnabelburg liegt vollständig in den beiden überkommunalen Schutzgebieten Sihlwald und Türlensee. Gemäss den einschlägigen Schutzbestimmungen dürfen u.a. keine Tätigkeiten vorgenommen werden, die dem Schutz gefährdeter Tierarten zuwider laufen. Unter sichernden Bedingungen kann die Baudirektion Ausnahmen von diesen Vorschriften gestatten.

Im Februar 2011 orientierte ein Malakozoologe (Weichtierspezialist, Coautor der RL CH) die Stadtarchäologie über das schützenswerte Vorkommen der Zahnlosen Schliessmundschnecke auf der Schnabelburg, und bat sie vor Sanierungsbeginn die Bestandessituation genauer abklären zu lassen und die Sanierung entsprechend darauf abzustimmen. Ausserdem schlug er eine Biologische Baubegleitung vor. Im Sommer 2011 liess die Stadt Zürich dann ohne jegliche Vorabklärung 4/5 des Mauerwerks sanieren. Eine Biologische Baubegleitung fand nicht statt. Auf Intervention der Fachstelle Naturschutz des Kantons Zürich kam es dann zu einem vorübergehenden Baustopp, um die Bestandessituation der Zahnlosen Schliessmundschnecke im Sommer 2012 durch den betreffenden Malakologen genauer abzuklären. Dabei zeigte sich, dass schätzungsweise 4/5 bis 9/10 des Bestandes auf der Ruine durch die Renovation bereits vernichtet worden waren (Totalverlust von Ritzen). Darauf vertrauend, dass die Stadt Zürich die gemäss Art. 18 1ter NHG notwendigen Ersatzmassnahmen zügig an die Hand nimmt, gab die Fachstelle Naturschutz in Absprache mit dem Malakologen darauf hin trotzdem grünes Licht für die Weiterrenovation der Schnabelburg, bei der es unweigerlich zu einem weiteren Bestandesverlust kam.

Als Ersatzmassnahmen erachtet der Malakologe den Bau einer 50 m langen ein bis zwei Meter hohen Trockensteinmauer in der Nähe der Schnabelburg notwendig, sowie ein starke Waldauflichtung des Süd- und ev. Westhanges u.h. der Ruine, verbunden mit einer entsprechenden Pflanzung geeigneter Baumarten, die der Art teilweise ebenfalls als Lebensraum dienen können. Er schätzt, dass sich der Bestand der Zahnlosen Schliessmundschnecke jedoch vermutlich erst nach frühestens 40 Jahren wieder erholt haben wird. 2013 geschah nichts weiteres. Signale aus der Stadtverwaltung deuten nun darauf hin, dass die Stadt Zürich sich damit schwer tut, die notwendigen weiteren Abklärungen vorzunehmen und die entsprechenden, gesetzlich vorgeschriebenen Ersatzmassnahmen umzusetzen.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Hat die Stadt Zürich als Bauherrin überhaupt bei der Baudirektion die notwendige Ausnahmegewilligung für die Sanierung der Schnabelburg beantragt? Wenn ja, welche sichernden Bedingungen gemäss der Schutzverordnungen Sihlwald und Türlensee formulierte die Baudirektion in der entsprechenden Auflage? Wenn nein, liegt überhaupt eine entsprechende Sanierungsbewilligung vor?
2. Ersatzmassnahmen sollten ja innert nützlicher Frist umgesetzt und nicht zu weit hinausgezögert werden, da Bestände von Tier- und Pflanzenarten, wenn sie sich zu lange unter eine kritische Bestandesgrösse befinden, plötzlich erlöschen können. Wie sieht der Zeitplan für die Durchführung der weiteren Abklärungen und die Umsetzung der Ersatzmassnahmen für die Zahnlose Schliessmundschnecke auf der Schnabelburg aus?

Mitteilung an den Stadtrat

143. 2014/192

Schriftliche Anfrage von Samuel Dubno (GLP) und Isabel Garcia (GLP) vom 11.06.2014:

Pilotprojekt «Züri wie neu», Erfahrungen mit dem Projekt und mögliche Weiterführung des Angebots

Von Samuel Dubno (GLP) und Isabel Garcia (GLP) ist am 11. Juni 2014 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Vor einem guten Jahr wurde das Pilotprojekt «Züri wie neu» lanciert. Das mediale Interesse hat in der Zwischenzeit nachgelassen, aber das Züri-wie-neu-Angebot wird nach wie vor genutzt und scheint bei der Bevölkerung sehr beliebt zu sein.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie hoch waren die Investitionskosten in den Aufbau dieses Angebots?
2. Was kostete der Betrieb und Wartung dieses Angebots, mit welchen jährlichen Kosten wird bei einer Fortführung gerechnet?
3. Wie viele Meldungen treffen täglich ein? Was passiert mit diesen Meldungen?
4. Welche Bereiche respektive Dienstabteilungen sind in welchem Ausmass von den eingehenden Meldungen betroffen? Bitte um eine tabellarische Übersicht.
5. Wie hoch ist der Aufwand, den die Verwaltung für die Behebung der gemeldeten Schäden zusätzlich erbringen muss, im Vergleich zum üblichen Aufwand für die Behebung von Schäden?
6. Wie wurde das Züri-wie-neu-Angebot von der Öffentlichkeit aufgenommen?
7. Wie waren die Erfahrungen auf Seiten der Verwaltung?
8. Liegen schon weitere Auswertungen dieses Pilotprojekts vor, und wenn ja, wie lauten die Resultate, wenn nein, bis wann wird der Pilot ausgewertet?
9. Welche Pläne oder Absichten hat der Stadtrat bezüglich der Zukunft dieses Angebots?

Mitteilung an den Stadtrat

144. 2014/193

Schriftliche Anfrage von Isabel Garcia (GLP) und Gian von Planta (GLP) vom 11.06.2014:

Aufnahme von Schulhäusern in die Inventarliste für schützenswerte Gebäude, Folgen bezüglich der Standards, Termine und Kosten im Hinblick auf die Sanierungen

Von Isabel Garcia (GLP) und Gian von Planta (GLP) ist am 11. Juni 2014 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Es gab in den letzten Jahren bei anstehenden Sanierungen für Schulhäuser aus unterschiedlichen Gründen immer wieder Verzögerungen. Als Beispiel sei hier das Schulhaus Vogtsrain in Zürich-Höngg erwähnt, das anfangs der 70er Jahre fertiggestellt wurde und eigentlich schon hätte saniert werden sollen. Im August 2013 ist dieses Schulhaus nun in die Inventarliste für schützenswerte Gebäude aufgenommen worden, was wohl zu einer weiteren Verzögerung bei der seit Jahren geplanten Sanierung führen wird. Sanierungen sind wichtig, denn Schulraum ist ein knappes Gut in der Stadt Zürich und Ausbauten müssen innert nützlicher Frist realisiert werden können.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Ist es so, dass öffentliche Gebäude, insbesondere auch Schulhausbauten, in der Stadt Zürich nach rund 40 Jahren quasi automatisch in die Inventarliste für schützenswerte Gebäude aufgenommen werden?
2. Was bedeutet eine solche Aufnahme in das Inventar für die betroffenen Schulhausgebäude, insbesondere im Hinblick auf Sanierungen, Renovationen, Ausbauten etc. konkret?
3. Im Spezialinventar Schulhäuser von September 2008 sind 106 Schulhäuser der Stadt Zürich aufgeführt. Welche weiteren Schulhäuser sind seither dazugekommen?

4. Welche durchschnittlichen Mehrkosten fallen für eine Sanierung, eine Renovation oder einen Ausbau eines Schulhauses an, das im Inventar aufgeführt ist, im Gegensatz zu einem, das (noch) nicht im Inventar aufgeführt ist?
5. Um wie viele Jahre verschiebt sich in aller Regel eine geplante Sanierung, Renovation oder den Ausbau eines neu ins Inventar aufgenommenen Schulhauses, wenn durch eine Inventarisierung eine neue Ausgangslage entstanden ist?
6. Plant der Stadtrat diese Praxis in den nächsten Jahren fortzuführen, oder sind Praxis-Änderungen geplant und wenn ja, welche?
7. Ist ggf. in denkmalgeschützten Schulhausbauten eine gewisse Flexibilität bei der Anwendung der Raumstandards denkbar, um den Aufwand für Renovationen, Sanierungen oder Ausbauten in Grenzen zu halten?

Mitteilung an den Stadtrat

145. 2014/194

**Schriftliche Anfrage von Andreas Kirstein (AL) vom 11.06.2014:
Hausbesuche der Stadtpolizei im Rahmen der Gesuche um erleichterte Einbürgerungen, eingesetzte Ressourcen, Arbeitsgrundlagen sowie Prüfung möglicher Alternativen**

Von Andreas Kirstein (AL) ist am 11. Juni 2014 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Die Stadtpolizei Zürich führt im Auftrag des Kantons Zürich regelmässig Hausbesuche bei Personen durch, die in der Stadt Zürich ein Gesuch um erleichterte Einbürgerungen stellen. Laut Auskunft des Sprechers der Stadtpolizei Marco Bisa gegenüber dem Tagesanzeiger vom 27.5.2014 handelt es sich dabei um jährlich zwischen 550 bis 700 Überprüfungen.

Wir bitten den Stadtrat im Zusammenhang mit diesen polizeilichen Hausbesuchen um die Beantwortung der folgenden Fragen.

1. Welche organisatorische(n) Einheit(en) der Stadtpolizei ist (sind) mit der Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung der Hausbesuche befasst?
2. Wurde bereits geprüft, ob die Hausbesuche durch andere organisatorische Einheiten der Stadtverwaltung durchgeführt werden könnten? Wenn ja, mit welchem Ergebnis?
3. Wieviel Personalressourcen (fulltime equivalents) werden jährlich in diese Aufgabe seitens Stadtpolizei investiert?
4. Ist eine Kostenbeteiligung für diese Aufwendungen seitens Kanton Zürich oder des Bundes geprüft worden? Ist eine solche Kostenbeteiligung aus Sicht des Stadtrates zu prüfen?
5. Mittels welcher Arbeitsgrundlagen (Dienstanweisungen, Checklisten, etc.) werden die Hausbesuche und die dort vorgenommenen Prüfhandlungen (Visuelle Kontrolle, Befragungen, etc.) vorbereitet, durchgeführt und nachbereitet? Ich bitte um Beilage der entsprechenden Unterlagen.
6. Gibt es einen Fragekatalog, mit dessen Hilfe die Stadtpolizistinnen und -polizisten jeweils den Wissensstand der Einbürgerungswilligen über die Schweiz testen? Wenn ja, bitte beilegen.
7. Wie oft ist es in den letzten drei Jahren zu Reklamationen gekommen? Welche Punkte wurden in diesen Reklamationen beanstandet?
8. Wieviele erleichterte Einbürgerungen wurden massgeblich aufgrund von Berichten stadtpolizeilicher Hausbesuche verweigert?
9. Wenn sich die Zahl zur Frage 7 nicht eruieren lässt: Wie stellt die Stadtpolizei die Erfolgskontrolle der Hausbesuche sicher?

Mitteilung an den Stadtrat

K e n n t n i s n a h m e n

- 146. 2014/140**
SK GUD, Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle der zurückgetretenen Cäcilia Hänni-Etter (FDP) für den Rest der Amtsdauer 2014–2018
- Es wird gewählt (Beschluss des Büros vom 10. Juni 2014):
- Raphael Kobler (FDP)
- Mitteilung an den Stadtrat und an den Gewählten
- 147. 2014/179**
Postulat von Markus Knauss (Grüne) und Gabriele Kisker (Grüne) vom 04.06.2014: Ersatzlose Aufhebung der Parkplätze auf dem Predigerplatz
- Markus Knauss (Grüne) zieht das Postulat zurück.
- Mitteilung an den Stadtrat
- 148. 2014/72**
Schriftliche Anfrage von Claudia Simon (FDP) und Severin Pflüger (FDP) vom 12.03.2014: Neuausrichtung des Strauhofs, Abklärungen bezüglich einer Weiterführung des bisherigen Konzepts sowie einer möglichen Überführung der Archive in die Bärengasse
- Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 469 vom 28. Mai 2014).
- 149. 2013/331**
Weisung vom 25.09.2013: Revision des Personalrechts (PR), Umsetzung der Motion von Heinz Jacobi betreffend Zuschläge für Nacht-, Wochenend- und Feiertagsarbeit
- Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 16. April 2014 ist am 22. Mai 2014 ungenutzt abgelaufen.
- Die amtliche Publikation erfolgt am 18. Juni 2014.
- 150. 2013/389**
Weisung vom 13.11.2013: Verordnung über die Weisungen an die Stimmberechtigten (AS 161.100), Totalrevision, neue Verordnung über den Beleuchtenden Bericht an die Stimmberechtigten
- Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 16. April 2014 ist am 22. Mai 2014 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 18. Juni 2014.

151. 2013/399

Weisung vom 20.11.2013:

Tiefbauamt, Blumenfeldstrasse, Höhe Emil-Spillmann-Weg, Neubau Personenunterführung mit Landerwerb, Werkleitungs- und Strassenbau, Objektkredit

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 16. April 2014 ist am 22. Mai 2014 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 18. Juni 2014.

152. 2013/400

Weisung vom 27.11.2013:

Elektrizitätswerk, Anpassung Energietarife des Elektrizitätswerks der Stadt Zürich

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 16. April 2014 ist am 22. Mai 2014 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 18. Juni 2014.

153. 2014/27

Weisung vom 06.02.2014:

Rosengarten-/Bucheggstrasse, Abschnitt Wipkingerbrücke bis Langackerstrasse, Busbevorzugung mit Lichtsignalanlagen als Sofortmassnahme, Objektkredit

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 16. April 2014 ist am 22. Mai 2014 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 18. Juni 2014.

154. 2014/51

Weisung vom 26.02.2014:

Finanzdepartement, Verordnung über städtische Vertretungen in Organen von Drittinstitutionen (VVD), Anpassung

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 16. April 2014 ist am 22. Mai 2014 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 18. Juni 2014.

Nächste Sitzung: 18. Juni 2014, 17 Uhr.